

Antrag 176/I/2025**FA I - Internationale Politik, Frieden und Entwicklung****Der Landesparteitag möge beschließen:**

Für eine universelle feministische Solidarität: Sexualisierte Gewalt in bewaffneten Konflikten konsequenter bekämpfen und Überlebende effektiver schützen

- 1 Zur Umsetzung einer feministischen Außen- und Entwicklungspolitik fordern wir:
- 2
- 3
- 4 1. Ein klares Bekenntnis der Bundesregierung zur umfassenden Untersuchung, Aufklärung und ggf. strafrechtlichen Verfolgung aller Berichte über sexualisierte Gewalt in allen Konflikten („conflict-related sexual violence“, CRSV) weltweit. Dies setzt aufgrund der Schwierigkeit der Beweissicherung sowie des großen Risikos einer Re-Traumatisierung ein hohes Maß an Erfahrung und Sensibilität seitens der Ermittler*innen voraus. Aus diesem Grund sollte sich Deutschland für die Aufstellung von Expert*innenteams für die Ermittlung in allen Verdachtsfällen einsetzen und diplomatisch auf uneingeschränkten Zugang zu allen relevanten Schauplätzen und Beweisen einwirken. In internationalen Friedensmissionen sollen die Protection- und Ombudsstellen zu CRSV systematisch ausgebaut werden.
- 5 2. Ausbau und Umsetzung sozialer/psychologischer Begleitprojekte für Überlebende von CRSV sowohl vor Ort als auch in Deutschland, um eine Bewältigung zu ermöglichen und eine Re-Traumatisierung durch die zahlreichen Berichte und Bilder aus aktuellen Konflikten vorzubeugen. Hierbei müssen sprachliche, sozio-kulturelle und religiöse Bedürfnisse besonders berücksichtigt werden.
- 6 3. Die Bundesregierung sollte Untersuchungsmissionen zu Fällen von CRSV auch in medial wenig präsenten Krisenregionen wie Sudan, Kongo und Tigray die notwendige finanzielle und politische Unterstützung zukommen lassen, auf welche diese angewiesen sind. Eine Stärkung des VN-Systems sowie des Mandats des IKRK in diesem Bereich ist zu begrüßen.
- 7 4. Einsatz für verpflichtende Ausbildungsmodule zur Sensibilisierung/Prävention für VN-Friedenstruppen in allen Truppenstellernationen, in Deutschland diesbzgl. Stärkung des Zentrums für internationale Friedenseinsätze, sowie striktere Selbstverpflichtungsmaßgaben an alle Entsenderstaaten bzgl. der rigorosen Strafverfolgung von Verdachtsfällen durch nationale Gerichte.
- 8 5. (Internationale) strafrechtliche Verfolgung und Ahndung erleichtern: jüngste Fälle von Freisprüchen in CRSV-Verdachtsfällen haben gezeigt, dass

Empfehlung der Antragskommission

Annahme. Überweisung LG im BT, Streichung Empfänger BPT (Konsens)

48 die Beweislast und Attribuierungspflicht im Ver-
49 gleich zu anderen Kriegsverbrechen disproportional
50 hoch ist. Die Bundesregierung sollte deshalb proak-
51 tiv für eine völkerrechtliche Anpassung eintreten,
52 welche diese Disproportionalität überkommt.

53 6. Aktuelle Planungen zur Haushaltskürzung in den
54 Bereichen Humanitäre Hilfe und Entwicklungszu-
55 sammenarbeit sehen wir vor dem Hintergrund der
56 o.g. Forderung äußerst kritisch. Die Bundesregie-
57 rung sollte die Mittel in diesen Bereichen ausweiten,
58 anstatt sie zu kürzen.

59 7. Eine stärkere Sensibilisierung der deutschen Öf-
60 fentlichkeit für Verantwortlichkeiten, Zielsetzungen
61 und Arbeitsweise multilateraler Institutionen wie
62 VN-Agenturen, um Versuchen der unaufrechten
63 Politisierung zur Untergrabung des multilateralen
64 Systems - insb. seitens Akteuren der rechten "An-
65 ti Rights"-Bewegung - vorzugreifen und die Bedeu-
66 tung des deutschen Engagements zur Aufrech-
67 terhaltung, Gestaltung und Stärkung des Systems
68 sichtbar zu machen.

69 8. Vorausschauende Planung: mit dem absehbaren
70 politischen Rechtsruck wichtiger Geberländer und
71 der damit einhergehenden Gefahr einer aberma-
72 ligen Mittelkürzung im Bereich reproduktiver Ge-
73 sundheit, insb. mit Antritt der zweiten Trump-
74 Administration, sollte die Bundesregierung zeitnah
75 multilaterale politische Allianzen schmieden, um
76 weitere Mittelkürzungen in diesem Bereich umge-
77 hend zu kompensieren und als international verläss-
78 licher Partner diese Lücke zu füllen.

79

80

81 **Begründung**

82 SPD und Bundesregierung sollten sich zu einer bedin-
83 gungslosen universellen Solidarität mit allen Opfern von
84 sexualisierter Gewalt in bewaffneten Konflikten (CRSV)
85 bekennen und diese mit konkreten Maßnahmen verbin-
86 den. Aufmerksamkeit für CRSV in spezifischen bewaff-
87 neten Konflikten ist kein Selbstzweck, sondern muss ge-
88 schaffen werden, um die notwendigen Ressourcen für Prä-
89 vention, Aufklärung, Verfolgung und insb. die ausreichen-
90 de medizinische und psychologische Betreuung für Über-
91 lebende zu sichern. In zahlreichen Konflikten des globalen
92 Südens sind die humanitären Bedarfspläne jedoch massiv
93 unterfinanziert. CRSV wird oftmals nachrangig behandelt.
94 Es bedarf deshalb unbedingt einer Schließung der globa-
95 len humanitären Finanzierungslücke.